

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 84. Ratssitzung vom 13. Januar 2016

1591. 2015/288

Interpellation der AL-Fraktion vom 02.09.2015:

Beteiligung des ewz an der Limmat Energie AG, Gründe für die Realisierung des Fernwärmeprojekts in den Quartieren Altstetten und Höngg auf einer privatrechtlichen Basis und für den Verzicht auf eine Ausschreibung sowie Rechtsgrundlagen für den Beteiligungsbeschluss in eigener Kompetenz des Stadtrats

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 1014 vom 2. Dezember 2015).

***Andreas Kirstein (AL)** nimmt Stellung: Der Stadtrat verzichtete auf ein formelles Vergabe- respektive Konzessionsverfahren, da, laut Antwort, ein funktionierender Anbieter in diesem Wettbewerb schlicht nicht erwartet werden konnte. Auf die Frage nach der Aushebelung der demokratischen Rechte antwortete der gleiche Stadtrat, dass die Freiheitsrechte von Bürgerinnen und Bürger im vorliegenden Fall nicht betroffen seien. Es könne nicht von einem hoheitlichen Verwaltungshandeln, sondern von einer industriellen Tätigkeit in einem vom Wettbewerb geprägten Wärme- und Kältemarkt ausgegangen werden. Dazu würden wir gerne noch eine klare Antwort haben. Für uns handelt es sich um ein klassisches Outsourcing-Projekt. Zum ersten Mal wird in Zürich ein solch grosses Energieprojekt an eine privatrechtlich organisierte Firma übertragen. Das ist ein Vorcheckung zur Ausgliederung des ewz. Laut dem Stadtrat haben sich die Geschäftsfelder des ewz und der Energie 360° AG in den letzten Jahren immer mehr angenähert und sich bereits teilweise überschritten. Wir sehen das auch so, aber aus unserer Sicht wäre dies ein Grund, die energiepolitische Strategie der Stadt auch institutionell neu zu ordnen. Das hiesse, die Energie 360° AG wieder zu rekommunalisieren. Alle Energieerzeuger und alle Dienstleistungsanbieter im Energiesektor sollten in einer städtischen Dienststelle, die weiterhin unter der Kontrolle des Gemeinderats verbleibt, zusammengefasst werden. Weil die Energieversorgung und -verteilung eine kommunale Aufgabe ist.*

Weitere Wortmeldungen:

***Niklaus Scherr (AL):** Das Vorgehen bei der Limmat Energie AG krankt an einem doppelten Demokratiedefizit. Das eine Defizit betrifft die Frage der Energieplanung in der Stadt. Wie die Stadt 2016 die Energiestrategie 2050 beschliesst und in welchen Quartieren man mit welchen Energieträgern operieren will, ist eine strategisch wichtige Frage. Über die Energieerschliessung der künftig immer mehr verdichteten Stadt will der Stadtrat still und leise beschliessen. Dazu passt, dass eines der Teilstücke dieser neuen Energiestrategie, der grundsätzlich sinnvolle Wärmeverbund in Altstetten auf der Basis des Klärwerks Werdhölzli, im Prinzip eine Weiche stellt, bei der zum zweiten Mal der Gemeinderat und somit auch die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Auf der einen Seite hat man hier eine städtische Firma in privatrechtlicher Form, auf der anderen Seite mit dem ewz eine Firma, die noch voll unter der Kontrolle des Parlaments steht. Stadtrat*

Türler führt sozusagen eigene Gipfelkonferenzen mit sich selbst, indem er als Verwaltungsratspräsident der Energie 360° AG mit sich als Vorsteher des ewz verhandelt. Das Parlament darf mit einer Interpellation Fragen stellen, die nicht vollständig beantwortet werden. Geschweige denn, dass der einschlägige Stadtratsbeschluss zur Gründung der Limmat Energie AG bis heute nicht auf dem Netz aufgeschaltet wurde. Der Businessplan der Limmat Energie AG ist so geheim, dass er mir noch nicht einmal im Rekursverfahren offen gelegt wird. Die Konkurrenz könnte dabei erfahren, welche Pläne die doppelte Türler-AG mit sich selber ausmacht. So geht das nicht in einer Demokratie. Wir fragen uns, wieviel Eigenkapital künftig angedacht ist. Dies hat einen Einfluss auf eine eventuelle Volksabstimmung oder darauf, ob das Parlament über eine Kapitalerhöhung beschliessen kann. Allein dies ist schon geheim.

Rebekka Wyler (SP): Die RPK hat zu diesem Geschäft sehr viele Fragen gestellt, vor allem zu den Finanzen. Wir haben im Moment die Behandlung des Geschäfts sistiert, weil der Rekurs läuft und sind froh, dass es im Rat nun eine erste Diskussion zu diesem Geschäft gibt.

Renate Fischer (SP): Aufgrund der geprüften Dokumente ist die GPK zu folgenden Feststellungen gekommen: Erstens, dass die Erstellung des Wärmeverbunds dem kantonalen Richtplan entspricht. Zweitens, dass die freihändige Vergabe des Dienstleistungsauftrags in Altstetten einen Wärmeverbund zu planen, im Hauptfokus stand und Fragen, die auch nach der Prüfung von den beiden vorliegenden Rechtsgutachten noch im Raum standen, mittlerweile geklärt werden konnten. Für die Gründung der Limmat Energie AG ist der Stadtratsbeschluss rechtlich massgebend und nicht der Businessplan. Wenn dieser rechtlich einwandfrei ist, gibt es für die GPK keine Vorbehalte dem Geschäft gegenüber. Wichtig für den Gemeinderat ist es, dass nach den Vorbereitungsarbeiten, für die der Stadtrat Geld in seiner Kompetenz gesprochen hat, je nach Kapitalisierungsbedarf, dieser über den entsprechenden Objektkredit befinden wird. Aufgrund der laufenden Rechtsverfahren sind Abklärungen vorerst sistiert und wir werden das Geschäft wieder aufgreifen, wenn der Bescheid des Bezirksrats vorliegt.

Andreas Edelmann (SP): Das Unbehagen der AL können wir nachvollziehen und warum die ausgelagerte AG die einzige richtige Antwort ist, ist für uns auch nicht abschliessend und schlüssig beantwortet. Wir können uns durchaus vorstellen, dass es hier andere mögliche Konstellationen gibt, bei denen eine städtische Dienstabteilung führend ist. Den Verweis auf den Erdgasrückzug in Zürich-Nord finden wir weit hergeholt. Gerne haben wir gelesen, dass man zur Ankurbelung des Wärmeverbunds auch auf den Stromsparmofonds zurückgreifen kann, weil wir diesen jetzt mit den nötigen Mitteln dotiert haben.

Christian Traber (CVP): Es wäre wichtig, solche Dinge rechtzeitig in die zuständigen Gremien oder in den Gemeinderat einzubringen. Man kann über eine Ausgliederung oder über die Gründung einer solchen Firma diskutieren oder von der richtigen Form halten, was man will. Aber dass man darüber nur in einer Spezialkommission orientiert und dies so zur Kenntnis nehmen kann, keine weiteren Fragen dazu gestellt werden, das ist fürs ewz und das DIB nicht der beste Ansatz. Deshalb hoffen wir, dass dies in einer

guten Form zum Abschluss gebracht wird und die offenen Fragen geklärt werden können.

Michael Baumer (FDP): In der heutigen Situation, in der man den Wärmeverbund anstreben möchte, geht es erstmal darum, eine Strategie zu erarbeiten. Die rechtliche Würdigung wird dem Rekursverfahren überlassen. In diesem Gebiet gibt es jetzt eine Gasversorgung, wenn man diese nun umwandeln möchte und das Werdhölzli in einen Wärmeverbund integrieren will, hat man am Schluss zwei städtische Unternehmen, die sich konkurrenzieren. Deshalb ist es hier sinnvoll, dass die beiden Unternehmen dies miteinander versuchen aufzugleisen und zu erarbeiten. Und nicht, dass man wie in Zürich-Nord das Ganze abbrechen muss, weil nicht miteinander geredet wurde. Die Diskussion über die ewz-Rechtsform wird derzeit bereits geführt. Ob eine AG oder eine andere Form für die Limmat Energie AG die sinnvollste war, darüber kann man streiten. Das ewz wird als neuer Player integriert, deshalb ist es naheliegend, die Erdgas 360° AG massgeblich an diesem Projekt zu beteiligen. Es ist auch nicht von einer Privatisierung die Rede, denn es ist alles immer noch in Staatsbesitz.

Markus Kunz (Grüne): Warum eine neue Firma in dieser Rechtsform benötigt wird, haben wir noch nicht erfahren. Es ist wichtig für die Vertrauensbildung, dass hier absolute Transparenz hergestellt wird. Man möchte gerne wissen, wer hinter einem solch wichtigen Energieversorgungsprojekt mit einem hoheitlichen Aspekt steht. Es gibt Vorleistungen an die AG, damit diese überhaupt akquirieren und planen kann. Man kann behaupten, das sei keine Privatisierung. Aber dann stellt sich die Frage, warum überhaupt eine Auslagerung notwendig ist.

Roger Liebi (SVP): Die RPK-Präsidentin hat gesagt, dass man die Situation noch nicht beurteilen kann. Die SP hat sich, trotz allem, anscheinend bereits entschieden, dass alles in Ordnung ist. Wenn es anscheinend keine Konkurrenz gibt, entzieht sich mir die Logik der Geheimhaltungspflicht. Es sind Verträge zwischen zwei städtischen Institutionen. Letztlich zahlt dies der Steuerzahler, dann soll er doch auch Anrecht haben auf Transparenz. Es bleibt ein ungutes Gefühl zurück und ich verstehe nicht, dass damit so unkritisch umgegangen wird.

Florian Utz (SP): Wir heissen die Nichtvorlage einer Weisung nicht gut. Wir haben immer in aller Klarheit gefordert, dass die Limmat Energie AG dem Gemeinderat als Weisung vorgelegt werden muss.

Niklaus Scherr (AL): Eine Konzession ist ein Rechtsanspruch, das ist ein Sachzwang, den wir nachher nicht mehr beseitigen können. Zur Tragweite der Gründung dieser AG: 1997, als die Erdgasversorgung ausgegliedert wurde, habe ich gefragt, ob wir die Lösung eines industriellen Betriebs diskutieren können, in die alle Energiefirmen integriert sind. Jetzt ist dies eine private AG, das ewz ist noch Teil der Stadtverwaltung und beide wildern in den gleichen energiepolitischen Revieren. Eine Aktiengesellschaft ist gewinnstrebend, wenn die Energie 360° AG unter das städtische privatrechtlich konstruierte Joch Limmat Energie AG genommen wird und damit ihre Gasleitungen zugunsten der Fernwärme stilllegt, schädigt man damit den Unternehmenszweck der

4 / 4

Energie 360° AG.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Andres Türler: *Wir haben das Geschäft schnell in den ständigen Kommissionen offen gelegt und auf alle Fragen klar geantwortet. Es wurde nicht im Stillen abgehalten. Die Interpellation ist ein Vorchecking, allerdings eines, um die Rechtsformänderung in Misskredit zu bringen. Altstetten ist ein Gasversorgungsgebiet. Gas ist ein Energieträger, der grossmehrheitlich noch CO₂ ausstösst. Wir haben einen Auftrag des Kantons und auch der Stadt zur CO₂-Reduktion. Wir haben ein ewz mit einem Leistungsauftrag für Energiedienstleistungsanlagen, eine Gasversorgung Zürich, die wir seinerzeit ausgegliedert haben mit dem Auftrag, sich zu einem Energiedienstleister zu entwickeln. Wir haben einen Verwaltungsrat und einen Stadtrat, der darauf achtet, dass ich nicht in eigener Kompetenz wirtschaftete. Man muss schauen, dass man dieses Vorhaben organisiert an die Hand nimmt und dies ist der Grund, ein gemeinsames Unternehmen zu gründen, um abzuklären, wo das Potenzial liegt. Wenn dieses Potenzial gesammelt ist, gibt es selbstverständlich eine Weisung. Es ist noch nichts in Stein gemeisselt. Einmal haben wir den Markt für Fernwärme in diesem Gebiet und dann den Wärmemarkt an sich mit Gas, Strom, Öl, Fernwärme, Wärmepumpe usw. im gleichen Gebiet. Es ist tatsächlich ein Dilemma, dass sich, aufgrund der Marktöffnungen, die Konkurrenz darüber freut, wenn wir alles offen legen. Wir haben in der RPK immer zu allem Auskunft erteilt. Jetzt sind wir daran, in Altstetten das Potenzial abzuklären, ob ein Fernwärmeprojekt realisierbar ist, ob es sinnvoll und finanziell sowie ökonomisch tragbar ist. Damit nicht zwei Unternehmungen gegeneinander antreten, sondern miteinander, auch im Interesse der Kundinnen und Kunden, die an diesem Projekt beteiligt sind. Ich möchte mich nicht dem Vorwurf aussetzen, dass wir aus dem Fall Oerlikon nichts gelernt haben.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat